



25/SVV/0432

Antrag
öffentlich

Einbeziehung der Stadt in Regelungen der SPSG zu Parks und Gärten

<i>Einreicher:</i> Fraktion BfW	<i>Datum</i> 12.05.2025
------------------------------------	----------------------------

<i>geplante Sitzungstermine</i> 11.06.2025	<i>Gremium</i> Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	<i>Zuständigkeit</i> Entscheidung
---	---	--------------------------------------

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam spricht sich dafür aus, dass die Stadt in geeigneter Weise in die Erarbeitung der angekündigten Regelungen zum Park Sanssouci einbezogen wird.

Ziel ist es dabei, dass die Einführung eines Parkeintritts möglichst vermieden wird.

In jedem Fall geht es darum, den Zugang der Potsdamerinnen und Potsdamer zu den Parks und Gärten weiterhin ohne zusätzliche Einschränkungen zu ermöglichen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert zudem die Bildung eines Beirats für die Parks und Gärten der SPSG, der eigentlich schon im Herbst 2024 arbeitsfähig sein sollte.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Generaldirektor der SPSG zeitnah zu einer Verständigung in den Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung einzuladen.

Begründung:

Nachdem die Landeshauptstadt über längere Zeit einen Zuschuss zur Finanzierung der Pflege des Parks Sanssouci geleistet hat, soll die entsprechende Vereinbarung Ende dieses Jahres auslaufen. Die SPSG hat angekündigt, in diesem Zusammenhang einen Parkeintritt einzuführen. Da eine solche Regelung unmittelbare Auswirkungen auf die Potsdamerinnen und Potsdamer hätte, ist es folgerichtig, dass die Stadt ein Mitspracherecht bei solchen Überlegungen wahrnehmen kann, ohne es erkaufen zu müssen.

Zudem sollten die bisherigen Vorbereitungen für die Bildung eines Beirats für die Parks und Gärten weitergeführt werden. Dieser Beirat müsste eigentlich seit Oktober 2024 schon arbeitsfähig sein. In Verbindung mit den Initiativen zum Babelsberger Park sollte jetzt mit Nachdruck ein solches Beteiligungsgremium gebildet werden.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender BfW